

## Erstes Gebot: Du sollst nicht streiken!

Gegen das Kirchenarbeitsrecht regt sich nie dagewesener Widerstand. Dahinter steht eine groß angelegte Kampagne der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi

Von Massimo Bognanni

**München** – Der Mann für den Notfall verspricht auf seiner Homepage schnelle Lösungen, gleich darunter steht seine „Emergency“-Nummer. Zu Kommunikationsberater Adrian Teetz kommen Kunden, die sich „öffentlich einer akuten Krise ausgesetzt sehen“, wie er verbreitet. Dazu zählt in diesen Tagen der Bundesverband der Diakonie: Teetz soll helfen, die rechtlichen Privilegien des evangelischen Wohlfahrtsverbandes zu sichern.

Es geht um das Kirchenarbeitsrecht: Laut Grundgesetz dürfen Kirchen in Deutschland „innere Angelegenheiten“ selbst ordnen, inklusive Teile des Arbeitsrechts – die Kirchen verhindern so in ihren Zehntausenden Krankenhäusern, Pflegeheimen, Kindergärten und sonstigen sozialen Einrichtungen Dinge, die in der Arbeitswelt selbstverständlich sind: Tarifverträge, Streiks, Betriebsräte. Dabei gehören die Katholische und evangelische Kirche in Deutschland zu den größten Arbeitgebern, mehr als eine Million

„Tarifverträge fallen nicht vom Himmel.“

Menschen arbeiten für sie, allein bei der Diakonie sind 435 000 beschäftigt. Für alle gilt der „Dritte Weg“: In Kommissionen aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern werden Löhne und Arbeitszeiten verhandelt. Dabei liege die Verhandlungsmacht einseitig in den Händen der Arbeitgeber, so der Vorwurf der Mitarbeitervertreter. „Das sind keine Verhandlungen auf Augenhöhe, kritische Mitarbeitervertreter werden einfach ausgeschlossen“, sagt Michael Heinrich, Sprecher der diakonischen Mitarbeitervertretungen auf Bundesebene.

Gegen das Kirchenarbeitsrecht regt sich nie dagewesener Widerstand. Hinter den Protesten steht eine groß angelegte Kampagne der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi. Deren Chef Frank Bsirske nennt das kirchliche Arbeitsrecht einen „Verfassungsbruch“. An einer Protestwoche (Motto: „Tarifverträge fallen nicht vom Himmel“) mit Warnstreiks beteiligten sich 3000 Beschäftigte. Noch nie in der Geschichte der Diakonie habe es derartig umfangreiche Aktivitäten gegeben, sagt Gewerkschafter Berno Schuckart-Witsch: „Wir erwarten, dass die Unruhe in den diakonischen Einrichtungen noch weiter zunehmen wird, wenn die Diakonie-Manager sich nicht merklich auf ihre



Wer die Kirche zum Arbeitgeber hat, arbeitet oft unter besonderen Bedingungen. Tarifverträge, Streiks und Betriebsräte gibt es kaum. Foto: Rainer Weisflog

Beschäftigten zu bewegen.“ Krisenberater Teetz beschreibt die Lage in seinen „Handlungsempfehlungen“ vom 14. September, die der *Süddeutschen Zeitung* vorliegt, als „vorläufigen Höhepunkt in den Auseinandersetzungen mit Verdi“.

Der Protest wird auch die Synode erreichen, die Tagung des evangelischen Kirchenparlaments. Am Freitag wollen Beschäftigte aus ganz Deutschland in Magdeburg gegen die diakonischen Arbeitsbedingungen protestieren. Hinter den Kulissen beschäftigt die Unruhe längst den Rat, das oberste Leitgremium der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD). In einer Klausurtagung Anfang Oktober widmete sich das Gremium dem Thema. Verantwortliche, darunter Präses Nikolaus Schneider, ließen sich von Mitarbeitervertretern die Arbeitsbedingungen schildern. „Ich kann die Demonstrationen verstehen, sie pochen auf ein Grundrecht, nämlich streiken zu dürfen. Doch auch wir berufen uns auf das

Grundgesetz: Das spricht nämlich den Kirchen zu, eigene Arbeitsregeln aufzustellen“, sagt Schneider der SZ.

Diakonie und Evangelische Kirche gehen den Dritten Weg weiter. Auf der Synode soll ein neues Kirchengesetz erlassen werden, das die Praxis des Streikverbots in Gesetzesform gießen soll. Für den Bremer Arbeitsrechtler Bernhard Baumann-Czichon, der das Kirchenarbeitsrecht seit Jahren kritisiert, ein Irrweg: Über die Grundrechte bestimme immer noch der Staat, ein solches Verbot liege nicht im Kompetenzbereich der Kirche. „Das ist ein albern Versuch, ganz so, als ob der ADAC für seine Mitglieder die Aufhebung aller Tempolimits beschließt“, so der Anwalt. „Wir halten es für falsch, Grundrechte per Kirchengesetz auszuschießen“, sagt Reinhard Haas, Vorsitzender der Ständigen Konferenz der Gesamtmitarbeitervertretungen der EKD.

Eine Krisenstrategie in der Öffentlichkeitsarbeit soll helfen, den Sonderweg zu

verteidigen. Der eigens hierfür engagierte Berater Teetz spricht Schwachstellen offen an. So sei es ein Nachteil für den Diakonischen Bundesverband, „dass der objektive Zustand der Arbeitsbedingungen . . . nicht belastbar dargestellt werden kann und die Handlungsfähigkeit gegenüber Regelverstößen eingeschränkt ist.“ Mit anderen Worten: Der Bundesverband weiß selbst nicht genau, wo und in welchem Ausmaß die ausgehandelten Tarife untergraben werden. Und selbst, wenn er es wüsste, hätte er keine Instrumente, um die eigenständigen Einrichtungen der Diakonie wieder auf Kurs zu bringen. Teetz rät zur „defensiven Kommunikationsstrategie“. Die Kirche solle bei kritischen Presse-Anfragen hervorheben, dass sich der diakonische Dienst von der christlichen Nächstenliebe ableite. Hilfsbedürftige in Diakonie-Einrichtungen könnten sicher sein, dass das Aushandeln der Arbeitsbedingungen nicht zu ihren Lasten ausfalle, da nicht ge-

streikt werden dürfe. Falls die Diakonie auf das Outsourcing seiner Einrichtungen angesprochen werde, solle man dies bloß nicht mit fiskalischen Zwängen rechtfertigen. „Eine solche Argumentation würde die These der Gegenseite bestätigen, dass die Diakonie wie ein beliebiges Wirtschaftsunternehmen reagiere und der Dritte Weg nicht mehr realisierbar sei“, warnt Teetz.

Es gibt viel Gegenwind. So scheiterte die Diakonie mit ihrer Klage gegen Streikaufrufe von Verdi in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Das Landesarbeitsgericht Hamm entschied, Streiks könnten auch in kirchlichen Einrichtungen zulässig sein. Inzwischen liegt der Fall beim Bundesarbeitsgericht. Ein Urteil wird für Frühjahr erwartet. Beide Parteien haben bereits angedeutet, im Falle einer Niederlage vors Bundesverfassungsgericht zu ziehen. Präses Schneider: „Vor Gericht und auf hoher See sind wir in Gottes Hand.“

### Politik und Markt

#### Schmiergelder im Ausland

**Berlin** – Firmen aus Russland und China setzen nach einem Vergleich der Antikorruptions-Organisation Transparency International (TI) am häufigsten Schmiergelder bei Geschäften im Ausland ein. Dagegen belegt Deutschland nach der am Dienstag veröffentlichten Liste den vierten Platz in der Rangfolge der Länder, deren Firmen ihre internationalen Geschäftsziele weniger häufig mit Bestechungen zu erreichen suchen. Die korrektesten Unternehmen stammen demnach aus den Niederlanden und der Schweiz. TI untersuchte auch, welche Bereiche am häufigsten von Bestechungsversuchen betroffen sind. Demnach fließt Schmiergeld am meisten bei öffentlichen Aufträgen und Bauarbeiten, am wenigsten in der Landwirtschaft. Reuters

#### Schwarzarbeit versichert

**Darmstadt** – Auch Schwarzarbeiter müssen bei Arbeitsunfällen entschädigt werden. Laut einem am Dienstag veröffentlichten Urteil des Hessischen Landessozialgerichts schließt auch eine illegale Beschäftigung einen Unfallversicherungsschutz nicht aus. Hintergrund der Klage war ein schwerer Unfall eines Serben (20), der mit Touristenvisum, aber ohne Arbeiterlaubnis nach Deutschland gereist war. Er bekam einen Job vermittelt und erlitt auf einer Baustelle bei einem Stromschlag schwerste Verbrennungen. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab. Die Richter aber verurteilten die Berufsgenossenschaft dazu, den Arbeitsunfall anzuerkennen. Der Mann habe als abhängig Beschäftigter gearbeitet. dpa

#### Gute Baukonjunktur

**Halle** – Die Stimmung in der ostdeutschen Bauwirtschaft ist außerordentlich gut: Laut einer Umfrage des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) schätzten im Oktober 89 Prozent der Unternehmen der Branche ihre Geschäftslage insgesamt positiv ein. Im Vorjahresmonat waren es 83 Prozent. Die Firmen seien vielfach mit dem Aus- und Umbau sowie der energetischen Sanierung von Gebäuden beschäftigt. Die Nachfrage nach dem Neubau von Wohnungen falle hingegen angesichts der schrumpfenden Bevölkerung etwas mäßiger aus. „Immerhin ist aber auch dort das Niveau noch hoch, nur die Aussichten sind nicht mehr ganz so gut“, sagte eine Sprecherin des Instituts. Investoren hielten sich mit gewerblichen Neubauten zurück. dpa